



ein europa der freiheit und verantwortung



liberal central

mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes berlin-mitte
ausgabe november 2012

Herausgeber, V.i.S.d.P

Dr. Maren Jasper-Winter
FDP-Bezirksverband Berlin-Mitte
Schlegelstr. 24
10115 Berlin
liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Stellv. Chefredakteurin

Dr. Nikoline Hansen

Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Claudia Bandow,
Anno Blissenbach, Ralf Breitgoff,
Philipp Ehmann, Armin Grabs,
Dr. Nikoline Hansen, Sven Hilgers,
Dr. Maren Jasper-Winter, Katja v.
Maur-Reinhold, Peter Pawlowski,
Henner Schmidt, Dr. Tim Stuchtey

Autoren dieser Ausgabe

Kerstin Brauckhoff, Kay Ehrhardt,
Dr. Ellen Madeker, Alexandra
Thein, Dr. Volker Wissing

Leserbriefe

FDP Berlin-Mitte im Internet

www.fdp-mitte.de
www.fdp-fraktion-mitte.de
www.liberal-central.de
www.fdp-gendarmenmarkt.de
www.fdp-hackescher-markt.de
www.fdp-ot.de
www.fdp-tiergarten.de
www.fdp-wedding.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namenszeichen
geben die Meinung ihres Autors
wieder, nicht die der Redaktion.

liberal central

ausgabe november 2012



Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte, nach einer längeren Pause erhalten Sie wieder eine Ausgabe unserer Mitgliederzeitung „Liberal Central“. Diese Ausgabe ist dem Thema Europa gewidmet, wo wir in diesen Jahren und Monaten schicksalhafte Weichenstellungen für unsere Zukunft nicht nur erleben, sondern als Liberale auch mitgestalten. Für „ein Europa der Freiheit und Verantwortung“ zu arbeiten, und ein solches entstehen zu lassen, das ist nicht nur eine zentrale Herausforderung für engagierte Liberale unserer Zeit, sondern es ist auch ein Projekt, mit welchem wir die Bürgerinnen und Bürger für unsere liberale Sache insgesamt gewinnen können.

Nicht nur in Europa, auch in der Kommunalpolitik ist die FDP Berlin-Mitte aktiv und kann sich vor Ort erfolgreich in die Bezirkspolitik einmischen. Das von vielen Parteifreunden, zuvörderst von Hartmut Bade, getragene außerparlamentarische kommunalpolitische Engagement, das sich im vergangenen Jahr in unserem Bezirksverband entwickelt hat, kann man als vorbildlich bezeichnen. Unser Ziel muss es deshalb nach wie vor sein, die liberale Politik auf allen Ebenen zu gestalten und dafür zu sorgen, dass wir mit stimmigen Konzepten auch die Bürger wieder davon überzeugen können, dass auf dem Wahlschein ein Kreuz bei der FDP die richtige Entscheidung ist.

In eigener Sache: Nikoline Hansen, Redakteurin des OV Tiergarten bei LC, ist künftig unsere stellvertretende Chefredakteurin. Damit steht Ihnen dann eine weitere Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin und Dr. Nikoline Hansen

Nach einem Wort Gandhis kann nur ein Mensch mit Selbstvertrauen Fortschritte machen und Erfolge haben. Dies gilt für einen Menschen wie für ein Land, so Gandhi. Ob wir den Kindern und Enkeln dieses Landes Geld oder Gut vererben werden, das wissen wir nicht. Aber dass es möglich ist, nicht den Ängsten zu folgen, sondern den Mut zu wählen, davon haben wir nicht nur geträumt, das haben wir gelebt und gezeigt.

Joachim Gauck

Wir sind Europa – Ein Plädoyer für mehr Vertrauen und klare Absprachen

von Maren Jasper-Winter

Wenn man die Gespräche im Bekannten- und Familienkreis und mit Arbeitskollegen über die europäische Währungskrise und die Zukunft Europas verfolgt, stellt man in erster Linie Unsicherheit fest. Unsicherheit in Bezug auf die künftige Stabilität des Euro, Unsicherheit in Bezug auf die von der Politik verfolgten Lösungsansätze, wie zum Beispiel den ESM.



Das Thema der Finanz- und Wirtschaftskrise mit überschuldeten Haushalten und kollabierenden Bankensystemen ist komplex. Die Politik kann hier nur Vertrauen schaffen, wenn sie einfach erklärt und vermittelt, was ihre Richtschnur und ihre Vision ist.

Die FDP hat ihre Richtung klar festgelegt. Wir haben im Grundsatzprogramm dieses Jahr beschlossen, dass Europa sich langfristig zu einem europäischen Bundesstaat entwickeln soll. Philipp Rösler hat dies in den letzten Tagen in der Presse noch einmal bekräftigt.

Eine weitergehende Integration der Mitgliedstaaten hätte einen großen Vorteil: Es gäbe klare Absprachen darüber, welcher Mitgliedstaat unter welchen Voraussetzungen finanzielle Unterstützung bekäme. Der beschlossene Fiskalvertrag ist eine gute Basis für die Entwicklung einer solchen europäischen Finanzverfassung.

Zu den klaren Regeln gehört die Kontrolle durch das Parlament. Aufgrund des Drucks der FDP-Fraktion ist schon bei den Diskussionen zum EFSF ein wichtiger Schritt hierfür gemacht worden: Der Bundestag muss bei den entscheidenden Fragen, die unseren Haushalt belasten, gefragt werden. Das Bundesverfassungsgericht hat diesen Grundsatz für den ESM bestätigt.

Mehr Vertrauen schaffen wir auch, indem wir in Deutschland unsere eigenen Hausaufgaben machen. Der Bundeshaushalt muss ausgeglichen, Schulden müssen abgebaut werden. Hier hat die schwarz-gelbe Regierung erfolgreich gearbeitet.

In Berlin zwingt der riesige Schuldenberg in Höhe von 62 Mrd. Euro zum Handeln. Stattdessen wird durch politisches und organisatorisches Versagen des Regierenden Bürgermeisters der Flughafen BER immer teurer. An anderer Stelle wird das Geld dringend benötigt, zum Beispiel für KiTa-Plätze und Schulausstattung. Ein Rückkauf der Wasserbetriebe „auf Pump“? Der Senat will uns ein gutes Geschäft vorgaukeln; doch jeder weiß, dass der Kredit hierfür Zinsen kostet und zurückgezahlt werden muss. Wir ahnen jetzt schon, dass die Rendite aus dem Wassergeschäft hierfür nicht reichen wird, denn die Wasserpreise sollen ja sinken – so verspricht es der Senat und so fordert es das Kartellamt.

Die FDP steht für eine weitere Integration Europas – und damit auch für Solidarität der Mitgliedstaaten untereinander. Die Entwicklung hin zu einem europäischen Bundesstaat kann jedoch nur langfristig und behutsam verfolgt werden. Denn viele Bürgerinnen und Bürger müssen erst einmal gedanklich Schritt halten mit den bisherigen Entwicklungen. Kurzum: Wir müssen zunächst den Euro und – so gut es geht – die strauchelnden Länder stabilisieren.

Dann sollte ein weiterer Zusammenschluss Europas mit einer Finanzverfassung und stärkerer demokratischer Mitbestimmung vorangetrieben werden. Im Grundsatzprogramm fordern wir das volle, gleichberechtigte Initiativrecht des europäischen Parlaments mit umfassendem Haushaltsrecht und eine Direktwahl des Präsidenten der Kommission.

[Dr. Maren Jasper-Winter \(OV OT\) ist Vorsitzende des FDP-Bezirksverbandes Mitte und stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Berlin](#)

Die Zukunft der EU: Freiheit und Marktwirtschaft

von Kerstin Brauckhoff

Der europäische Einigungsprozess ist ein Erfolg, der auf liberalen Wertvorstellungen beruht: , Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft brachten Frieden und Wohlstand und erlaubten gleichzeitig kulturelle Vielfalt. Die Sicherung der Freiheit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist auch heute noch zentrales Ziel der EU. Denn die Freiheit eröffnet Chancen und ist zugleich mit einem hohen Maß an Verantwortung verbunden. Auch über 60 Jahre nach ihrer Gründung ist dieses Modell bewährt und von hoher Attraktivität.



Zwei Herausforderungen sind es, denen die EU gegenübersteht: Kurzfristig gilt es, die Schuldenkrise zu überwinden. Und mittelfristig muss die EU sich den Herausforderungen der Globalisierung stellen. Beide Aufgaben sind keine leichten, aber sie sind notwendig, um den Grundstein für die langfristige Stabilität und die Sicherung dessen zu erreichen, was in der Vergangenheit geschaffen worden ist.

Zunächst gilt es, eine tragfähige Lösung der Schuldenkrise zu finden. In der Tradition der europäischen Einigung kann eine nachhaltige Stabilisierung der öffentlichen Finanzen nur mit marktwirtschaftlichen Mitteln gelingen: mit Strukturreformen, die Wettbewerbsfähigkeit und Vollbeschäftigung zum Ziel haben. Fairer Wettbewerb, freie Märkte und eine leistungsfähige Verwaltung sind die Grundlagen für Wachstum und Fortschritt und für den Wohlstand der gesamten Gemeinschaft. Solidarität ist dort angemessen, wo sie als Hilfe zur Selbsthilfe verstanden wird. Sie muss zeitlich und im Umfang begrenzt sein und darf nicht bedingungslos sein. Vor allem müssen Verträge eingehalten werden, seien es bereits bestehende Verträge wie der Stabilitäts- und Wachstumspakt oder neue Verträge wie der Fiskalpakt. Nicht die Gemeinschaft als Ganze trägt hier die Verantwortung, sondern jeder Mitgliedstaat für sich. Und jeder Mitgliedstaat für sich muss haften, wenn er Verträge nicht einhält.

Die substanzielle Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist zugleich die Voraussetzung für die Lösung der mittelfristigen Aufgabe. Denn wenn die Mitgliedstaaten der EU mithilfe struktureller Reformen ihre Wettbewerbsfähigkeit gesichert haben, wird dies den Binnenmarkt insgesamt stärken. Und dann wird die EU zu einem starken und wettbewerbsfähigen Marktteilnehmer im Globalisierungswettbewerb. Der Ausbau des Binnenmarktes werden dann zu einer zusätzlichen Stärkung der Wettbewerbsposition beitragen. Wichtig ist hier, einen Mittelweg zu finden, der den Mitgliedstaaten genügend Raum lässt, selbst über ihre Angelegenheiten zu entscheiden. Hier muss gelten: So viel Wettbewerb wie möglich, so viel Harmonisierung wie nötig.

Erst dann kann über das Ziel des Integrationsprozesses, die finalité, nachgedacht werden. Und dann müssen entsprechende Schritte mit allen Konsequenzen gegangen werden. So ist eine Möglichkeit, auch langfristig die bewährte Lösung des Staatenverbundes – mit souveränen Mitgliedstaaten als zentralen Bausteinen eines nicht-souveränen politischen Systems – beizubehalten. Die andere Möglichkeit wird oft in der Forderung nach einem Bundesstaat artikuliert – den souveränen „Vereinigten Staaten von Europa“, in dem die Mitgliedstaaten als Gliedstaaten aufgehen und ihre Souveränität an den Zentralstaat übertragen. Dies würde bedeuten, dass vor allem die Aufgaben, die nach liberaler Auffassung zentrale Aufgaben des Staates sind - die Außen- und Verteidigungspolitik - in die Verantwortung der EU übergehen.

Es bleibt abzuwarten, wie dies mit Bündnisverpflichtungen im Rahmen der NATO vereinbar wäre, ob die ständigen Sitze der EU-Mitgliedstaaten Frankreich und Großbritannien im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen dann zugunsten eines gemeinsamen EU-Sitzes zur Verfügung gestellt würden oder ob die Atomkräfte innerhalb der EU dann die Kontrolle über ihre Nuklearwaffen einer europäischen Armee unterstellen würden. Vor allem aber muss dies von der Bevölkerung aller Mitgliedstaaten entschieden werden.

[Kerstin Brauckhoff ist Referentin für Europa im Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit](#)

Freiheit und Eigenverantwortung für Europa

von Volker Wissing

Der Liberalismus basiert auf zwei Kerngedanken, der Freiheit des Einzelnen und dem Prinzip der Eigenverantwortung. Egal ob auf kommunaler oder europäischer Ebene, die Grundüberlegungen der FDP sind stets: wie können wir die Freiheit des Einzelnen stärken, aber auch die Voraussetzung dafür schaffen, dass Verantwortung wahrgenommen wird? Das Verantwortungsprinzip ist für die FDP ebenso wichtig, wie das Freiheitsprinzip.



Das gilt auch auf europäischer Ebene. Wir wollen ein Europa freier Nationalstaaten. Damit die Staaten Europas auch wirklich frei sind, müssen sie auch finanz- und haushaltspolitisch unabhängig sein. Deshalb setzt die FDP auch in einer europäischen Finanzordnung darauf, dass das Prinzip der nationalen Souveränität gewahrt bleibt, aber auch darauf, dass wir eine strikte Eigenverantwortung einfordern. Aus diesem Grund ist die derzeitige Stabilisierungspolitik für die Liberalen auch nicht das Ziel, sondern der Weg. Mit dem Fiskalpakt helfen wir den Krisenländern, den Weg zurück zu gesunden Staatsfinanzen zu finden. Wir fordern von ihnen Anstrengungen und damit Eigenverantwortung ein, aber nicht um andere Länder zu dominieren, sondern um ihnen wieder zu wirklicher nationaler Souveränität zu verhelfen.

Ein verschuldeter Staat ist nur sehr bedingt frei. Nicht die Märkte dominieren den Staat, der Staat begibt sich über seine Verschuldung in die Abhängigkeit der Märkte. Mit steigender Verschuldung gibt der Staat zunehmend Freiheitsrechte auf. Da er sich als Bittsteller auf die Finanzmärkte begibt, muss er auch akzeptieren, dass diese ihn analysieren und bewerten. In dem Maße, in dem der Staat seine Verschuldung steigert, tritt er seine Freiheit an die Märkte ab. Der linke Politikansatz den Sozialstaat mit zusätzlichen Schulden aufzubauen, macht den Staat nicht freier, sondern zwingt ihn geradezu in die Zwangsjacke der Märkte.

Mit dem Fiskalpakt hat die FDP ein wesentliches Element einer liberalen Finanzordnung für Europa umgesetzt. Wir führen damit die Staatsverschuldung zurück und stärken die Souveränität der Staaten Europas. Eine Vergemeinschaftung von Schulden führt nicht zu mehr Freiheit in Europa, sie macht mehr Staaten unfrei. Deshalb ist es wichtig, dass das Prinzip der Eigenverantwortung auch auf europäischer Ebene erhalten bleibt. Schon die heutige Debatte auf europäischer Ebene zeigt, dass Deutschland zwar eine sehr große solidarische Leistung erbringt, diese aber von den anderen Staaten paradoxerweise auch noch als Dominanz empfunden wird. Die Vergemeinschaftung von Schulden führt daher nicht zu einer Stärkung Europas, sondern zu einer Schwächung. Wem Europa am Herzen liegt, der vergemeinschaftet keine Schulden, er baut sie ab.

Diese Politik verfolgt die FDP auch in der Regierungsverantwortung. Wir sind bekennende Europäer, wir sind solidarische Europäer, aber wir wollen freie Europäer unter freien Europäern sein und bleiben. Deshalb tragen wir die Stabilisierungspolitik mit; wir wollen, dass Europa wieder auf einem stabilen Fundament steht. Wer Schulden zusammenführt, führt Europa nicht zusammen, er spaltet es. Deshalb ist Solidarität wichtig, aber diese darf nicht auf der Ebene einer bloßen finanziellen Hilfe basieren, sie muss eine Hilfe zur Selbsthilfe sein. Mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus helfen wir, mit dem Fiskalpakt schaffen wir die Grundlage, dass diese Hilfe auch als Selbsthilfe wirkt. Denn gerade wir Liberalen wissen, Freiheit ist ohne Verantwortung nicht möglich.

Wir wollen ein Europa, aber keines, das von der Schuldenzwinge zusammengehalten wird, sondern auf dem freien Willen der Völker zur europäischen Gemeinschaft basieren.

Liberaler reichen die Hand aber nicht um festzuhalten, sondern um auf die Beine zu helfen. Das zeichnet uns gegenüber anderen Politikansätzen aus. Unser Ziel ist nicht die Abhängigkeit unser Ziel ist die Freiheit, ganz gleich ob auf individueller, nationaler oder europäischer Ebene.

[Dr. Volker Wissing \(Rheinland-Pfalz\) ist stell. Vorsitzender und finanzpolitischer Sprecher der Fraktion der FDP im Deutschen Bundestag](#)

Liberales Engagement in Griechenland

von Ellen Madeker

Griechenland hat viele Probleme. Neben den hohen Staatsschulden vor allem die Korruption. Das ist kein spezifisch griechisches Problem. Dennoch wird eine Sanierung des Landes nur gelingen, wenn man die Korruption in den Griff bekommt und aus dem Alltag der Griechen verdrängen kann.



„Über die Schuldenkrise wissen wir alle Bescheid. Aber Griechenland steckt auch in einer Wertekrise. Das Land verfügt über die richtigen Gesetze, aber es tut fast nichts, um diese durchzusetzen“. Das sagt Costas Bakouris, der griechische Vorsitzende von Transparency International (TI). Er findet deutliche Worte: Regierung, Privatwirtschaft und Verwaltung seien gleichermaßen Teil des Systems. So gebe es zahllose Vorschriften im griechischen Recht, die Korruption stillschweigend duldeten und damit begünstigten.

Petros Markaris, in Deutschland vielerorts bekannt als Krimiautor und Schöpfer des Kommissars Kostas Charitos, prangert eine mitgliederstarke „Partei der Profiteure“ an, die vom Klientensystem der letzten Jahrzehnte profitiert habe. Dazu gehörten vorneweg die Baufirmen, aber auch Unternehmen, die staatliche Organisationen belieferten – etwa jene, die öffentliche Krankenhäuser mit Pharmaprodukten und Geräten versorgen. Profiteure und Steuerhinterzieher, so Markaris, spürten die Krise kaum: „Noch bevor sie über uns hereinbrach, hatten sie ihre Bankkonten schon ins Ausland verlegt.“ Das System geht zu Lasten der kleinen Leute. Dabei geht die schweigende Mehrheit der Griechen – oder mit Markaris: die „Partei der Redlichen“ – völlig normal ihrer Arbeit nach. Markaris: „Sie widerlegen die in Europa verbreitete Ansicht, die Griechen seien bequem und scheuten die Arbeit. Sie alle arbeiten hart und zahlen regelmäßig ihre Steuern.“

Seit kurzem schließen sich nun diese Bürger in zahlreichen Gruppierungen zusammen, um dem System die Stirn zu bieten. Eine davon ist die im März 2012 neu gegründete Bewegung DimiourgiaXana! (sinngemäß: „Lasst uns wieder schöpferisch sein!“). DimiourgiaXana! ist eine liberale, proeuropäische Vereinigung, der auch im Wahlkampf große Aufmerksamkeit zuteilwurde. Für sie ist der Kampf gegen Korruption eine Frage der Ehre. Nach eigener Auskunft vereint sie „anständige Griechen, die nie politisch aktiv waren und daran glauben, dass man Erfolg nur mit harter Arbeit erreichen kann“.

Gründer der Bürgerbewegung ist Thanos Tsimeros, der einer breiten Öffentlichkeit als Autor eines offenen Briefs an Bundeskanzlerin Merkel bekannt wurde. Darin stellt er die Korruption und Kriminalität in Griechenland als Kern des griechischen Übels heraus: „Wer sich niemals in einer griechischen Behörde befunden hat, um eine einfache Bestätigung zu erhalten, kann sich das Ausmaß der Korruption und die Absurdität dieses kafkaesken Mechanismus nicht vorstellen“, sagt er. Tsimeros forderte die Kanzlerin auf, „keinen Euro“ mehr an die Griechen zu zahlen, sofern diese nicht zusagten, Privilegien und „un glaubliche“ Gehälter für Parteifreunde abzuschaffen.

Griechenland braucht dringend transparente und nachvollziehbare Verwaltungsverfahren sowie verlässliche Sanktionen für Rechtsverstöße. Dafür kämpfen liberale Parteien in Griechenland. Aber auch die Europäische Union fühlt sich verantwortlich: Die EU-Kommission hat eine Taskforce eingesetzt, die den griechischen Verwaltungsapparat transparenter und effizienter machen soll. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit wird sich im Rahmen ihres neuen Engagements in Griechenland ebenfalls dieser Aufgabe annehmen. Die Stiftung für die Freiheit hat sich das Ziel gesetzt, die liberalen Kräfte Griechenlands, die für mehr Eigenverantwortung und ein Ende der Klientelpolitik eintreten, nachhaltig zu stärken. Am 7. Oktober 2012 hat die liberale Auftaktkonferenz in Xylokastro, Korinth stattgefunden. Ein erster Schritt, um den Liberalismus als politische Alternative in Griechenland zu festigen.

Dr. Ellen Madeker ist Vorsitzende der Auslandsgruppe Europa der FDP und Director Policy Analysis and Dialogue des Dialogprogrammes Brüssel der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Aus dem Landesvorstand

Neue Vernetzung

von Sven Hilgers



Nach einer kurzen und ereignisreichen Sommerpause hat der Landesvorstand bereits Ende August und im Vorfeld des Landesausschusses wieder getagt. Dabei haben die Landesvorstandsmitglieder zwei zentrale Entscheidungen getroffen.

Erstens wird künftig das Wissensmanagement in der FDP verbessert. Durch die Wissensmanagement-Plattform „Experience Network“ erhalten alle Parteimitglieder der Landesverbände Berlin, Brandenburg und Sachsen die Möglichkeit, Kontakt zu Experten der Partei für vielfältige Themen sowie Fähigkeiten aufnehmen oder Ihre eigenen Fähigkeiten und Wissen anderen zur Verfügung stellen. Indem diese Plattform die Parteimitglieder themen- und fähigkeitsbezogen vernetzt, kann künftig die Professionalität und Effektivität verbessert werden. Bei Veranstaltungen, der programmatischen und strategischen Arbeit können künftig innerhalb Experten aus der Partei eingebunden werden.

Zweitens strebt der Landesvorstand an, einen gemeinsamen Geschäftsführer der Landesverbände Berlin und Brandenburg zu beschäftigen. Der Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes Brandenburg, Sandro Schilder, wurde beauftragt, dazu bis Ende Oktober gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden, Axel Bering und Lars Lindemann ein Konzept zu erarbeiten. Programmtisch hat der Landesvorstand zwei Initiativen zu den Themen Familiensplitting und BER auf den Weg gebracht. Die Landesfachausschüsse 11 (Soziales, Familie, Jugend) sowie 3 (Wirtschaft, Arbeit, Finanzen) haben eine temporäre Arbeitsgruppe zum Thema „Familiensplitting“ eingesetzt, um einen Antrag zur Reform des bisherigen Ehegattensplittings zu erarbeiten. Mit gleich zwei Veranstaltungen widmen sich die Berliner Liberalen dem Chaos rund um den Berliner Flughafen. Am 20.10. hat ein öffentlicher Landesausschuss einen Antrag zur Lösung der Probleme am Flughafen beraten und davor Vorträge von Flugexperten gehört, bereits am 16. Oktober diskutierten die Jungen Liberalen Berlin mit namhaften Experten, wie dem FDP-Generalsekretär und Verkehrsexperten, Patrick Döring und Martin Delius dem Vorsitzenden des BER Untersuchungsausschusses im Abgeordnetenhaus Berlin.

Sven Hilgers (OV Wedding) ist Beisitzer im Landesvorstand der FDP Berlin und Vorsitzender der Liberalen Hochschulgruppen Berlin-Brandenburg

Aus dem Europaparlament

Vertrauen durch Integration

von Alexandra Thein



Die anhaltende Finanz- und Schuldenkrise hat Europa fest im Griff. Sie senkt das Vertrauen der Bürger in die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union. Der europäische Gedanke tritt hinter nationalstaatliches Denken zurück. Dies gefährdet die Grundsätze der europäischen Idee. Doch in der Krise liegt auch die Chance, die europäische Integration weiter voranzutreiben.

Um das Vertrauen der Bürger in das Projekt Europa zurück zu gewinnen, muss die demokratische Legitimation Europas gestärkt werden. Mit der durch den Vertrag von Lissabon eingeführten Europäischen Bürgerinitiative ist der Weg hin zu einer wachsenden europäischen politischen Öffentlichkeit geebnet. Zudem wird aktuell das Europäische Parlament an den Verhandlungen zum Projekt „Für eine veritable Wirtschafts- und Währungsunion“ in Form von sogenannten „Sherpas“ beteiligt. Für langfristige institutionelle Handlungsfähigkeit muss noch einen Schritt weiter gegangen werden. Das Europäische Parlament muss in ein Vollparlament mit Initiativrecht umgewandelt und die Kommission in ihren Rechten als Hüterin der Verträge gestärkt werden.

Ein liberales Europa braucht zudem mehr europäische Rechtsstaatlichkeit und eine europäische Freiheitsverfassung als Grundlagen für die Vertiefung der Einigung. Hierfür muss das gesamte, teilweise noch versteckte Potential des Lissabon-Vertrags genutzt werden.

Die Mobilität der Bürger und Unternehmen führt zu immer mehr grenzüberschreitenden Kontakten innerhalb der EU. Das Ziel des europäischen Gesellschaftsrechts muss daher sein, die EU-weite wirtschaftliche Tätigkeit von Unternehmen zu vereinfachen und lähmende Bürokratie abzubauen. Zeitgleich müssen auch die Rechte der Bürger gestärkt und – wo notwendig – einheitliche Regelungen im Zivilrecht geschaffen werden. Denn die wirkliche, dauerhafte Kraft entfaltet Europa nur, wenn das gemeinsame Wir-Gefühl aller Europäer gefestigt wird und eine europäische Kultur der Freiheit, der Selbständigkeit und der Verantwortung entsteht.

Die Mobilität der Bürger und Unternehmen führt zu immer mehr grenzüberschreitenden Kontakten innerhalb der EU. Das Ziel des europäischen Gesellschaftsrechts muss daher sein, die EU-weite wirtschaftliche Tätigkeit von Unternehmen zu vereinfachen und lähmende Bürokratie abzubauen. Zeitgleich müssen auch die Rechte der Bürger gestärkt und – wo notwendig – einheitliche Regelungen im Zivilrecht geschaffen werden. Denn die wirkliche, dauerhafte Kraft entfaltet Europa nur, wenn das gemeinsame Wir-Gefühl aller Europäer gefestigt wird und eine europäische Kultur der Freiheit, der Selbständigkeit und der Verantwortung entsteht.

Alexandra Thein MdEP (BV Steglitz-Zehlendorf) ist Abgeordnete aus Reihen der Berliner FDP im Europäischen Parlament, u.a. stellv. Mitglied im Ausschuss für konstitutionelle Angelegenheiten

Der „Bürgerhaushalt“

Hartmut Bade für den AK Kommunalpolitik

In den letzten Wochen hat sich der Kommunalpolitische Arbeitskreis Mitte intensiv mit der Idee des „Bürgerhaushalts“ beschäftigt. Dazu trug Parteifreund Rico Apitz vor, der dieses Projekt als BVV-Mitglied in Lichtenberg aktiv mitgetragen und einige Erfahrungen gesammelt hat. Der Bürgerhaushalt steht als wichtiger Baustein im Zusammenhang mit der Bürgerbeteiligung am Allgemeinen. Dabei sind FDP und Linke verbündet, allerdings mit unterschiedlichen Zielsetzungen. Linke suchen durch Instrumente der Bürgerbeteiligung die Bestätigung ihrer eigenen Anschauungen, Liberale sind offen dafür, auch eigene Positionen in Frage zu stellen. Exakt 100 Kreise, Gemeinden und Berliner Bezirke haben bereits unterschiedliche Verfahren des Bürgerhaushalts eingeführt. Einige arbeiten seit Jahren jährlich mit diesem Instrument, das vier Absichten verfolgt: (1) Den Bezirkshaushalt für die Bürger transparent machen. Dazu dienen insbesondere Informationsveranstaltungen, die dezentral oder zentral durchgeführt werden können. (2) Der öffentliche Dialog über Struktur und Einzelheiten des Haushaltsplans. (3) Ein Votum als Grundlage für die Abstimmung in der BVV zu entwickeln. (4) Im Ergebnis Verständnis zu schaffen für die engen Spielräume und Ablehnungsgründe von Bürgervorschlägen. In Lichtenberg gibt es drei Kanäle des Vorschlagsverfahrens: Eine Internet-Plattform (mit Teilnehmerzahlen im vierstelligen Bereich), Veranstaltungen (mit bis zu 100 Teilnehmern), Anschreiben an zufällig ausgewählte Bürger.

Kernproblem ist die Tatsache, dass Ausgabensteigerungen viel leichter vorgeschlagen werden als Kürzungen, ohne Deckungsvorschläge aber nicht umgesetzt werden können. Auf der Bezirksebene kommt als großes Hemmnis hinzu, dass aufgrund der Finanzbeziehungen zum Land keinerlei Einnahmesteigerungen zur Disposition stehen, sondern ausschließlich über Ausgabeposten verhandelt werden kann. Die Erfahrung aus Lichtenberg besagt, dass der BVV am Ende 50-60 Vorschläge zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Hartmut Bade ergänzt seine Erfahrung aus Mülheim an der Ruhr, wo beim ersten Durchgang eines Bürgerhaushalts hunderte Vorschläge ungefiltert zur Abstimmung in den Hauptausschuss und den Stadtrat gerieten. Es kommt also auf ein sensibles Filterverfahren zwischen Verwaltung und Politik an, um die realistischen Ideen identifizieren zu können und Frust bei engagierten Bürgern einerseits und gewählten Mandatsträgern andererseits zu vermeiden.

Am Ende stehen erfahrungsgemäß kaum „echte“ Änderungen des Haushaltsplans, sondern Vorgaben zur Verwendung vorhandener Haushaltstitel (Bsp.: wo werden Bänke aufgestellt, in welcher Priorität werden Spielplätze renoviert). Aus keiner Kommune ist bekannt, dass es über den Bürgerhaushalt gelungen wäre, politische Schwerpunktsetzungen bei der Mittelverteilung vor der Klammer zu diskutieren oder gar zu verändern. Von entscheidender Bedeutung für den Erfolg des Konzepts ist also auch das Erwartungsmanagement bei der Werbung für das Verfahren und bei der Moderation der Veranstaltungen und der Internet-Plattform, denn bedeutende Veränderungen des Haushalts sind durch das Beteiligungsverfahren noch nirgendwo eingetreten. Die große Mehrzahl aller Anregungen ist entweder schon im Diskussionsprozess gescheitert, von der Verwaltung für unmöglich erklärt oder am Ende von der Politik abgelehnt worden. Bei kritischer Betrachtung sieht Rico Apitz den Aufwand in einem schlechten Verhältnis zum Ertrag. Dennoch herrscht unter den Anwesenden des Abends Einigkeit, dass das Konzept „Bürgerhaushalt“ für Liberale unterstützenswert ist und im Bezirk Mitte von der FDP gefordert werden sollte. Darüber hinaus wird angeregt, eine entsprechende Empfehlung an alle Bezirke und ggf. sogar die Einführung auf der Berliner Landesebene auf einem Landesparteitag zu beantragen.

OV Gendarmenmarkt

Neues aus Gendarmenmarkt

von Katja v. Maur-Reinhold, Redakteurin des OV

Nach den erfolgreichen Landtagswahlen im Frühjahr in Schleswig Holstein und Nordrhein-Westfalen blickt der OV Gendarmenmarkt verhalten zuversichtlich in die Zukunft. Um die außerparlamentarische Zeit planvoll zu überbrücken, bündeln wir unsere Kräfte und organisieren künftig mehr gemeinsame Veranstaltungen. Bei der Mitgliederversammlung im Mai war Stefan Kapferer, Staatssekretär im BMWi, zu Gast. Er stellte die Wachstumsstrategie vor. Am 21. August fand das gemeinsame Sommerfest der Ortsverbände Gendarmenmarkt und Wedding statt, an dem mehr als 40 Parteifreundinnen und Parteifreunde im Hotel Grenzfall teilnahmen. Gern gesehener Gast war unseren Landesvorsitzenden MdB Dr. Martin Lindner, der zwei seiner Kinder als Verstärkung mitgebracht hatte. Es war ein vergnüglicher Abend, dem selbst ein Regeneinbruch gegen Abend nichts anhaben konnte. Wir freuen uns außerdem, dass sich unsere Ortsvorsitzende Bärbel Freudenberg-Pilster entschlossen hat, für die kommende Bundestagswahl zu kandidieren.

OV Oranienburger Tor

Amerika hat gewählt

von Ralf Breitgoff, Vorsitzender & Redakteur des OV

91 Prozent der Deutschen würden Obama wählen. Das hat kürzlich eine Umfrage im Rahmen des ARD-Deutschlandtrends zu Tage gefördert. Wie sich die USAmerikaner entscheiden werden, zeigt sich erst am 6. November. Klar ist, auch wenn es nicht Obama wird sondern sein Herausforderer Mitt Romney, werden „wir“ Deutsche und Deutschland mit dem neuen Präsidenten „leben“ müssen. Welche Auswirkungen hat das Ergebnis der amerikanischen Präsidentschaftswahlen auf die transatlantischen Beziehungen im Allgemeinen und auf Deutschland im Besonderen? Welche Rolle wird der neue oder alte Präsident Europa beimessen? Wird das Interesse und der Blick Richtung Asien vielleicht noch schärfer und intensiver, als sich in den vergangenen vier Jahren angedeutet hat? Diese und ähnliche Fragen wollen die Ortsverbände Oranienburger Tor und Wedding am 22. November erörtern. Kein Geringerer als Harald Leibrecht, der Beauftragte der Bundesregierung für die transatlantischen Beziehungen, wird im Walter-Scheel-Zentrum des Thomas-Dehler-Hauses zu Gast sein.

OV Tiergarten

Intensive Programmdebatten

von Nikoline Hansen, Redakteurin des OV

Der OV Tiergarten hat vor den Parteitag intensives Programmdebatten geführt, die auch durch die Landesfachausschüsse, in denen der OV überdurchschnittlich gut vertreten ist, befruchtet wurden. Dadurch konnten diverse Ideen auch in die dortige Arbeit und die Programmatik mit einfließen. Im März gab es unter dem Titel „Bundeswehr im Auslandseinsatz – Erfahrungen in Afghanistan“ die Gelegenheit, sich mit Hauptmann Christian Janke, Jugendoffizier der Bundeswehr, zu den Themen Nahostkonflikt, Friedensethik, Völkerrecht und Internationaler Terrorismus auszutauschen. Hauptmann Janke hat auch über seinen persönlichen Einsatz in Afghanistan berichtet. Die Sommerpause wurde gemeinsam mit dem LFA Kulturpolitik und einem Besuch der „Story of Berlin“ beendet. „Story of Berlin“ ist ein Museum, das ohne öffentliche Fördermittel auskommt. Die anschließende Diskussion mit dem Geschäftsführer und stellvertretenden FDP-Landesvorsitzenden Axel Bering verlief überaus anregend. Die Klausurtagung Anfang September führte nach Warschau.

OV Hackescher Markt

Ausblick auf 2013

von Nils Augustin, Vorsitzender des OV

Den Bürgerinnen und Bürgern im Kiez in dem langen Lauf zur Bundestagswahl 2013 zu vermitteln, warum die Partei der Freiheit für sie die richtige Partei ist, das steht nicht nur im konzeptionellen Mittelpunkt der Arbeit unseres Ortsverbandsvorstandes. Unsere Mitgliederversammlung am ersten Montag jedes Monats wollen wir im Dezember zum geselligen Rückblick, aber auch mit Freunden und Bekannten zum anregenden Ausblick auf das kommende Jahr machen.

OV Wedding

Gutes Wedding

von Volker Imhoff, Vorsitzender des OV

Inzwischen ist es im OV Wedding Tradition die Weihnachtsfeier mit kulturellem Anspruch zu verknüpfen. So hatten wir vor zwei Jahren die Lesung eines Schriftstellers. Letztes Jahr besuchten wir die „Brauseboys“, die mit selbstverfassten Texten und Liedern die Anwesenden bis nach Mitternacht unterhielten. Dieses Jahr steht passend zu unserem OV die Theatersoap „Gutes Wedding, schlechtes Wedding“ mit vielen typischen Charakteren aus Wedding auf dem Programm und zwar am 3. Dezember: „Die Moderatoren Sopra und Roy führen in ihrem „Weddinger Weihnachtsspecial“ durch den Abend und beleuchten alle Klischees des Weihnachtsfestes“. Zuvor werden wir genüsslich im angegliederten Restaurant speisen. Gerne sind auch Gäste willkommen. (Infos: fdp@volkerimhoff.de)

JuLis Mitte

Datenschutz verbessern

von Armin Grabs, Vorsitzender

Die vergangenen Sitzungen der Jungen Liberalen Mitte standen im Zeichen der programmatischen Arbeit. Diskutiert wurde die Bundesratsinitiative des Berliner Senats zur Deckelung von Mietpreissteigerungen; vor dem Hintergrund der Mietrechtsreform im Bundestag hatte dieses Thema erneut an Brisanz gewonnen. Aber auch die jüngsten Erkenntnisse des Berliner Datenschutzbeauftragten Dr. Alexander Dix wurden angesprochen. Die Erkenntnis einer ausführlichen Diskussion: Erneut zeigt sich, dass bei der Berliner Polizei vieles im Argen liegt und die Defizite augenscheinlich das Ergebnis einer eklatanten Führungsschwäche sind. Ein Antrag, der den Datenschutz bei Berliner Behörden kritisch würdigen soll, wird gerade vorbereitet.

Personalien

(nh) Zum Herbstfest im Mauerpark unter dem Motto „Die Deutsche Einheit und ein Tag - der 4.10.1990“ lud der kommunalpolitische Arbeitskreis der FDP Mitte auf Initiative von **Alexander Platonov** (Gendarmenmarkt) und **Hartmut Bade** (Wedding) ein. Bei metaphorisch passend stürmischem Wetter erzählte Pfarrer **Manfred Fischer** von der Evangelischen Versöhnungsgemeinde von seinen Erlebnissen und Initiativen vor Ort. Fortgesetzt wurden die erinnerungsträchtigen Gespräche beim Büffet. Die Bezirks- und stellv. Landesvorsitzende **Maren Jasper-Winter** (OT) begrüßte die Gäste. Ebenfalls dabei war **Dagmar Lippert** (Schöneberg) vom Landesvorstand.

(nh) Die Klausurtagung der FDP Tiergarten führte dieses Jahr vom 6.-9. September nach Warschau. Wie immer perfekt organisiert von unserem vormaligen BVVVorsitzenden **Peter Pawloski** residierten wir in dem historischen Hotel Polonia Palace, das auch schon General Eisenhower zu seinen Gästen zählte und das als einziges Gebäude in weiterem Umfeld nicht im Zweiten Weltkrieg zerstört wurde. Mit von der Partie waren neben dem Ortverbandsvorsitzenden **Kurt M. Lehner** vom Vorstand auch seine beiden Stellvertreter **Erich Schmid** und **Patricia Steinmann** sowie **Donald Tuckwiller** mit seiner Frau Eva. Beindruckend waren nicht nur die historischen Sehenswürdigkeiten, sondern auch die Lebendigkeit der Stadt, die sich nicht auf Anrieb erschließt. Der Höhepunkt der Reise war das Treffen mit Professor **Leszek Balcerowicz**, ehemaliger Finanzminister, liberaler Politiker und polnischer Wirtschaftsminister, der über Wege aus dem Dilemma der Eurokrise referierte. Der Einladung gefolgt waren auch zahlreiche Gäste aus anderen Orts- und Bezirksverbänden, so **Georg Vardakis** und **Francis Edmonds** aus dem OV Wedding, **Henner Schmidt** (Gendarmenmarkt) und **Hans-Peter Baumeister** (OT) ebenfalls aus dem Bezirk Mitte, sowie aus **Clemens Miegel** aus Prenzlauer Berg und **Helmut Metzner** mit seinem Partner Lutz Rambow aus Charlottenburg-Wilmersdorf. Nur das Ende der Reise wurde durch einen überraschenden Polizeieinsatz getrübt: Zwei Mitglieder unserer Reisegruppe waren vom Schaffner als vermeintliche Schwarzfahrer enttarnt worden und mussten sich ererkennungsdienstlich behandeln lassen. Mittlerweile hat die Deutsche Bahn zu dem Vorfall Stellung genommen und sich bei den Teilnehmern der Reise mit jeweils einem Gutschein über 10 Euro entschuldigt.

(kvm) In diesem Jahr feierte unser liberales Urgestein und Bundesministerin a.D. **Irmgard Schwaetzer** (Gendarmenmarkt) einen runden Geburtstag. Auch hier nochmals die besten Wünsche!

(au) Der Ortsverband Hackescher Markt hat eine neue Schatzmeisterin: **Susanne Liermann**, seit diesem Jahr auch eine stellv. Sprecherin unseres Bezirksausschusses, wurde einstimmig zur Nachfolgerin des ausgeschiedenen **Burkhard Grell** gewählt.

(nh) **Andreas Otto** (Reinickendorf) ist erneut zum Vorsitzenden der Freien Demokratischen Wohlfahrt (FDW) gewählt worden. **Hartmut Bade** (Wedding) wurde als Stv. Vorsitzender neu in den Vorstand gewählt und hat inzwischen die Vertretung der FDW im Paritätischen Wohlfahrtsverband und die Kontaktpflege zu anderen Verbänden und den Parteien als Aufgabe übernommen. Als Beisitzer aus Mitte ist **Peter Lundkowski** gewählt worden, der die Nachfolge seiner Frau **Hella Lundkowski** (beide Wedding) antritt, die dem Vorstand jahrelang angehörte.

(au) In den Neuwahlen von Vorständen der FDP-Landesfachausschüsse war BV Mitte auch 2012 gut vertreten: FA01 Umwelt- und Energiepolitik Stellv. Vorsitzende **Henner Schmidt** und **Udo Blaukat** (beide Gendarmenmarkt), FA02 Innen, Recht und Verwaltungsreform Vorsitzende **Nikoline Hansen** (Tiergarten), FA05 Schule, Volksbildung und Sport Stellv. Vorsitzender **Sven Hilgers** (Wedding), FA06 Hochschulen, Forschung, Technologie Stellv. Vorsitzende **Sven Hilgers** (Wedding), **Tim Stuchtey** und **Nikoline Hansen** (beide Tiergarten), FA07 Kulturpolitik Vorsitzender **Kurt Lehner** (Tiergarten), Stellv. Vorsitzende **Antje Pieper**, **Nikoline Hansen** (beide Tiergarten) und **Bettina v. Seyfried** (Wedding), FA08 Integration und Migration Stellv. Vorsitzender **Alexander Platonov** (Gendarmenmarkt), FA09 Internationale Politik Stellv. Vorsitzender **Nils Augustin** (Hackescher Markt), FA 13 Tierschutz Stellv. Vorsitzende **Nikoline Hansen** (Tiergarten), FA 14 Liberale Schwule und Lesben (LiSL) Stellv. Vorsitzende **Armin Grabs** (Gendarmenmarkt) und **Justus Leonhardt** (OT), FA 15 Medien, Digitale Gesellschaft und Netzpolitik Stellv. Vorsitzende **Antje Pieper** (Tiergarten) und **Julia Hesse** (OT), AK Grundsatz- und Perspektivfragen Stellv. Vorsitzende **Nikoline Hansen** (Tiergarten).

(au) Auf dem kommenden Bezirksausschuss des BV Mitte werden einige unserer Mitgliedert für langjährige Mitgliedschaft in der FDP geehrt zum 40-jährigen Jubiläum **Magdalene Haas** (Gendarmenmarkt) und zum 25-jährigen Jubiläum **Gisela Kleemann**, **Hans-Dieter Holtzmann**, unser ehemaliger Abgeordneter des BV Mitte im AGH **Henner Schmidt**, **Markus Tofote**, **Tom Reinhold** (alle Gendarmenmarkt) und Prof **Starnick** (Wedding). Zuvor hatten in diesem Jahr bereits **Peter Altmiks** (Oranienburger Tor) und **Maren Schoening** (Hackescher Markt) eine Ehrung des Bezirksverbandes für ihr langjähriges Engagement für die liberale Sache erhalten.

Leserbriefe

Wir freuen uns über Post.
Bitte senden Sie Ihren Leserbrief an
redaktion@liberal-central.de
Wir behalten uns vor, Leserbriefe nicht zu
veröffentlichen oder zu kürzen.

Schlusswort

Für Bildung und Kultur: Elite statt Prekariat

von Anno Blissenbach



Genau ein Jahr nach der Dreifachkatastrophe von Japan: Erbeben, Tsunami, Super-GAU im AKW-Fukushima, gastierte das WASEDA SYMPHONY ORCHESTRA TOKYO, das als bestes Laien-Orchester der Welt gilt, auf Einladung der Berliner

Philharmoniker am 11.03.2012 in Berlin. Seine ca. 300 Mitglieder sind Student/inn/en der Waseda-Universität Tokyo. Unter den 13 Fakultäten dieser 1882 gegründeten ca. 56.000 Immatrikulierte zählenden privaten Elite-Uni gibt es jedoch keine Musik-Fakultät, und so findet man die Absolventen später nicht etwa in Profi-Orchestern sondern in Spitzenpositionen von Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Justiz, IT-Branchen usw. wieder.

Dass das Klangergebnis, welches diese Jugendlichen auf das Podium der ausverkauften Philharmonie bringen, dennoch etliche städtische Profi-Orchester Deutschlands deutlich in den Schatten stellt, sagt einiges aus über die Defizite nicht nur des Systems von, sondern auch der Grundhaltung zu Bildung in der Bundesrepublik: Im Gegensatz zu Japan wird Elite oftmals bekämpft statt gefördert, wird Leistung mit Argwohn beäugt, wird Mittelmaß zum Prinzip erhoben. Der Staat reklamiert die Bildungshoheit weitestgehend für sich, mit der Folge, dass es private Universitäten von der Größe, Qualität und Bedeutung einer WASEDA hier nicht gibt. In Japan hingegen ist Bildung in weiten Teilen nicht nur privat organisiert sondern auch privat finanziert – ermöglicht durch ein niedriges Steuersystem.

Eigenverantwortung ist tief in der japanischen Gesellschaft verwurzelt, resultierend aus der ursprünglich shintoistisch seit knapp 1500 Jahren buddhistisch geprägten Kultur (woraus sich die Stärke der Liberalen erklärt). Der hohe Stellenwert von Bildung drückt sich in Japan auch in hohem Ansehen und guter Bezahlung von Lehrenden aller Ebenen aus. Dahingegen zeugt die Unverfrorenheit, mit welcher der Staat Lehrbeauftragte und Honorar-Lehrkräfte an deutschen Hochschulen und kommunalen Bildungseinrichtungen unter Missbrauch seines Quasi-Monopols ausbeutet, von schamloser Missachtung. Wird dies nicht schleunigst und nachhaltig korrigiert, so wird Deutschland gegenüber Asien immer weiter an Boden verlieren.

Anno Blissenbach ist Redakteur des OV Hackescher Markt bei LC

Künftiges Wohngebiet nördlich des Mauerparks Bessere Anbindung für die Bürgerinnen und Bürger!

Die BVV Mitte hat die Erweiterung des Mauerparks bei gleichzeitiger Wohnbebauung nördlich des Gleimtunnels beschlossen. Die vorgesehene Verkehrserschließung der Wohnhäuser über eine steile Rampe westlich des Gleimtunnels ist aus Sicht der FDP Mitte äußerst unbefriedigend. Der Bezirksausschuss der FDP Mitte hat deshalb am 19. September 2012 den nachfolgenden Beschluss gefasst und fordert eine Erschließung über den Gleimtunnel:

Die FDP Mitte hält eine Verkehrsanbindung des geplanten Baugebiets am Nordende des Mauerparks als steile Rampe auf dem schmalen Streifen zwischen Gleimtunnel und der westlich unmittelbar anschließenden Wohnbebauung nicht für verträglich mit dem schon jetzt gegebenen Durchgangsverkehr und den Anliegen der Anwohner. Die FDP fordert deshalb BVV und Senatsverwaltung auf, den Denkmalschutz des Gleimtunnels partiell aufzuheben, um durch dessen Teilabriss Raum für eine ausreichende Verkehrsanbindung ins nördlich zu erschließende Baugebiet zu schaffen.

Die einseitige Tabuisierung der Erschließung von Pankower Seite ignoriert die Interessen der Anwohner im Brunnenviertel und dient gewollt oder ungewollt der Verhinderung des gesamten Planungsprojekts. Die FDP wünscht aber eine kreative Lösung unter Berücksichtigung aller Interessen, nämlich der Anlieger im Westen wie im Osten des Mauerparks, der Investoren und der auf dem Gelände Erholung und Spaß suchenden Besucher. Auch den Denkmalschutz würdigen wir. Er darf aber nicht in unangemessenem Maße vernünftigen Planungen im Wege stehen, zumal dann, wenn eine würdige Komplettrestaurierung des geschützten Objekts immense Kosten verursacht und schon deshalb ungesichert ist.“ Die *Berliner Woche* berichtete auf ihrer Titelseite.

Termine

November 2012

- 05.11. 19.30 h OV Wedding: **Offene Vorstandssitzung** - im Hotel Grenzfall (Ackerstr. 136)
- 05.11. 20.00 h OV Hackescher Markt: **Mitgliederversammlung** - im Simon (Auguststr. 53)
- 06.11. 20.00 h JuLis Mitte: **Bezirkstreff** - im Café Re (Märkisches Ufer)
- 14.11. 19.30 h OV Tiergarten: **Offene Vorstandssitzung** - im Dicker Engel (Birkenstr. 44)
- 19.11. 19.00 h BV Mitte: **Bezirksausschuss** - mit Mitgliederehrung und Dr. Martin Lindner - im Simon (Auguststr. 53)
- 20.11. 20.30 h FNF: **Podiumsdiskussion** „Welche Demokratie haben wir in den Berliner Bezirken?“ - mit Katja Dathe (Piratenpartei), Peter Pawlowski, Rainer Bosse (LINKE), Kay Ehrhardt - in den Reinhardtstraßenhöfen, 4.OG (Reinhardtstr. 14-16)
- 22.11. 19.30 h OV Oranienburger Tor: **Diskussionsveranstaltung** „After US-Wahl“ - mit Harald Leibrecht MdB - im Walter-Scheel-Zentrum (Reinhardtstr. 14)
- 27.11. 19.30 h LV Berlin: **Landesausschuss** - im Gemeinschaftshaus Gropiusstadt (Bat-Yam-Platz 1)
- 29.11. 11.30 h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** - im Walhalla (Krefelder Str. 6)

Dezember 2012

- 03.12. 19.00 h OV Wedding: **Weihnachtsfeier** im Primetheater bei „Gutes Wedding, schlechtes Wedding“
- 03.12. 20.00 h OV Hackescher Markt: **Weihnachtsfeier** - im Simon (Auguststr. 53)
- 09.12. OV Tiergarten: **Gänsekeuleessen** - Info www.fdp-tiergarten.de
- 11.12. 19.00 h OV Gendarmenmarkt: **Weihnachtsfeier** - im Hotel Marriott Courtyard
- 14.12. 18.30 h JuLis Berlin: **Weihnachtliches Beisammensein** - in der LGSt (Dorotheenstr. 56)

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de. Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter redaktion@liberal-central.de.